



Unterausschuss „Integration“ des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration

10. Sitzung (öffentlich)

17. Januar 2012

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:30 Uhr bis 15:25 Uhr

Vorsitz: Arif Ünal (GRÜNE)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung anderer gesetzlicher Vorschriften

3

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2944

APr 15/320 (Öffentliche Anhörung)

**Der Unterausschuss „Integration“ beschließt
einstimmig, kein Votum zu dem Gesetzentwurf der
Landesregierung Drucksache 15/2944 abzugeben.**

2 Situation der Roma und Sinti aus integrationspolitischer Sicht

4

Bericht der Landesregierung
Vorlage 15/1134

Unterausschuss "Integration" des Ausschusses für
Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration
10. Sitzung (öffentlich)

17.01.2012
sd-be

(Kein Protokoll)

3 Mehr Informations- und Präventionsangebote zu den „Grauen Wölfen“ **4**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/3266

(Kein Protokoll)

4 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012) – Integrationspolitisches Kapitel des Einzelplans 11 (Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales) **5**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/3400

Vorlage 15/1024 (Erläuterungsband)

Staatssekretärin Zülfiye Kaykin (Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales) führt in den Haushalt ein. Es schließt sich eine Diskussion an.

5 Verschiedenes **9**

(Kein Protokoll)

* * *

Aus der Diskussion

1 Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung anderer gesetzlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2944

APr 15/320 (Öffentliche Anhörung)

Vorsitzender Arif Ünal merkt an, der Gesetzentwurf sei vom Plenum am 20. Oktober an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration überwiesen worden. Das Protokoll der Anhörung vom 9. November 2011 liege vor – vgl. APr 15/320. Er bitte die Abgeordneten, sich auf das weitere Verfahren zu verständigen. Nach der Sitzung werde ein Obleutegespräch stattfinden, bei dem es auch darum gehe, eventuell einen gemeinsamen Änderungsantrag zu formulieren. Mehrfach sei zum Ausdruck gebracht worden, dass alle Fraktionen möglicherweise einen gemeinsamen Änderungsantrag auf den Weg bringen wollten.

Michael Solf (CDU) gibt zu bedenken, dass im Unterausschuss „Integration“ die Fachleute der Fraktionen säßen, sie aber nicht über den Gesetzentwurf entscheiden dürften. Federführend sei der AGSI, mehrere andere Ausschüsse zum Beispiel der Innenausschuss seien mitberatend. Er sehe gute Chancen, dass sich die vier Fraktionen in dem Obleutegespräch einigen könnten. Jetzt sehe er nur die Möglichkeit, dass der Unterausschuss „Integration“ zu dem Gesetzentwurf kein Votum abgebe.

Am kommenden Tag finde eine Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration statt, in der der Gesetzentwurf beraten werde, gibt **Vorsitzender Arif Ünal** zu bedenken. Parallel finde eine Zuziehung von Sachverständigen im Schulausschuss zu diesem Gesetzentwurf statt.

Bernhard von Grünberg (SPD) geht davon aus, dass der AGSI in seiner Sitzung am 1. Februar abschließend über den Gesetzentwurf beraten werde, sodass sich das Plenum am 8. oder 9. Februar wieder damit befassen könne.

Der Unterausschuss „Integration“ beschließt einstimmig, kein Votum zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/2944 abzugeben.

